

Gute Perspektiven für Ostdeutschland

Viele Gesetze und Maßnahmen haben unmittelbare Folgen für die Entwicklung in Ostdeutschland. Beispiele sind: das Gesetz zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung von Städten, das Gesetz zur Beschleunigung der Infrastrukturplanung sowie der Hochschulpakt und vor allem auch Maßnahmen aus dem Bereich der Arbeitsmarktpolitik. Wir haben den Aufbau Ost mit dem 2001 beschlossenen Solidarpakt II auf eine sichere Grundlage gestellt. Durch die gezielte Förderpolitik kann eine eigene tragfähige wirtschaftliche Struktur wachsen. Damit Langzeitarbeitslose bessere Chancen bekommen ermöglichen wir mit dem Kommunal-Kombi in Regionen mit erheblichen Arbeitsmarktproblemen neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze im öffentlichen, gemeinnützigen Bereich. Das Investitionszulagengesetz sollte Ende 2009 auslaufen. Wir haben die Verlängerung bei degressiver Ausgestaltung bis 2013 beschlossen. Damit haben wir für die kommenden Jahre Planungs- und Rechtssicherheit für Investitionen in den neuen Ländern geschaffen.

Schwarz/Gelb predigt den Wettbewerbsförderalismus und stellt damit die Solidarität der Bundesländer untereinander in Frage. Teile der Konservativen wie auch die CSU stellen regelmäßig die Finanzierung des Solidarpakts in Frage. Sie gefährden damit das bisher Erreichte und behindern die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern.

Die nächste Ausgabe von **fraktion intern*** erscheint voraussichtlich im Dezember 2009

Informationen gibt es auch unter
www.spdfraktion.de

Unser Ziel: Der Solidarpakt II ist und bleibt die wichtigste gesetzliche Grundlage für den Aufbau Ost. Er muss bis zum Jahr 2019 uneingeschränkt gelten. Dafür werden wir uns einsetzen. Die Investitionsförderung muss fortgeführt werden. Dazu soll die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur fortgesetzt und die Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz so weiterentwickelt werden, dass mehr für die Entwicklung ländlicher Räume getan werden kann. Mit der Investitionszulage bleibt ein zentrales Wirtschaftsförderinstrument mindestens bis 2013 erhalten.

4 Jahre erfolgreiche Arbeit

Eine ausführliche Bilanz unserer Arbeit der letzten vier Jahre finden Sie unter www.spdfraktion.de

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: SPD-BUNDETAGSFRAKTION

VERANTWORTLICH: PETRA ERNSTBERGER MDB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: VERA NICOLAY

TEXTE: ALEXANDER AMERSBERGER, JUTTA BIERINGER, BRIGITTE DEJA, ROLAND DERKSEN, NICOLA HELLER, DIRK VON DER HUDE, DOROTHEE KRIES, GEORG LÜTTER, ULF MEYER-RIX, VOLKER MEIER, FRANK NÄGELE, VERA NICOLAY, CHRISTIAN UNGER

FOTOS UND ILLUSTRATIONEN: BILDERBOX (S. 7, 10, 11, 13), GRAFIKEN SUSANNE VOORWINDEN (S. 5, 8), PHOTOTHEK.NET/UTE GRABOWSKY (S. 15), PHOTOTHEK.NET/THOMAS IMO (S. 4), KLAUS VHYNALEK (TITEL)

REDAKTIONSANSCHRIFT:

SPD-BUNDETAGSFRAKTION
- ÖFFENTLICHKEITSARBEIT -
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN
TELEFON: 030 / 227-510 99
TELEFAX: 030 / 227-568 00
E-MAIL: REDAKTION@SPDFRAKTION.DE
INTERNET: WWW.SPDFRAKTION.DE

GRAFIK UND LAYOUT: S. VOORWINDEN
DRUCK: BRAUNSCHWEIG-DRUCK

ADRESSÄNDERUNGEN UND BESTELLUNGEN VON VERÖFFENTLICHUNGEN:

TELEFON: 030 / 227-571 33
TELEFAX: 030 / 227-568 00
E-MAIL: OEFFENTLICHKEITSARBEIT@SPDFRAKTION.DE
ODER DIREKT IM INTERNET